

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Geöffnet täglich
früh 6^{1/2} Uhr.
Schriften und Geschenke
Johanniskirche 22.
Sprechstunden der Redaktion:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Sprechstunde für die nächst-
liegenden Nummern bestimmten
Zeiten an Wochenenden bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1^{1/2} Uhr.
In den Nächten für Zeit-Annahme:
Otto Klemm, Untermarktstraße 22,
bis 22 Uhr; Rathausstraße 18, a.
nur bis 1^{1/2} Uhr.

Ausgabe 15,500.
Abonnementpreis vierjährl. 4^{1/2} Mtl.
incl. Bringerlohn 5 Mtl.
durch die Post bezogen 6 Mtl.
Diese einzelne Nummer 25 Mtl.
Belegexemplar 10 Mtl.
Werberäume für Extrablätter
ohne Postbeförderung 36 Mtl.
mit Postbeförderung 45 Mtl.
Folgezeit 5 Mtl. Betriebszeit 2^{1/2} Mtl.
Großere Schriften laut unterem
Postverzeichniß. — Tabellarischer
Satz nach obarem Zoll.
Reklamen unter dem Rechtsanzeigeteil
die Spaltseite 20 Mtl.
Unterlate sind freies an d. Expedition
zu setzen. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung prämaturarisch
oder durch Postverzeichniß.

Nr. 200.

Freitag den 19. Juli 1878.

72. Jahrgang.

Zur Wilhelms-Spende!

Am 20., 21. und 22. Juli dieses Jahres soll nunmehr die in allen Zeitungen angekündigte Wilhelms-Spende gesammelt werden.

An allen Städten und Dörfern des Deutschen Reiches, in Schule und Haus, bei den Deutschen aller Religions-Gemeinschaften sollen die Hände für regen zur Darbringung dieser Spende.

Mann und Frau, Kind und Greis, ein Jeglicher soll beisteuern; denn nicht die Größe der Gabe, sondern das Gefühl, in welchem sie gegeben wird, ist von Bedeutung.

Ein Wort ist genügend zum Ausdruck des Schmerzes, daß unser geliebter deutscher Kaiser, der Einiger des Reiches, von ruchloser Hand verletzt wurde. Ein Wort ist genügend, um die Freude auszudrücken und den Dank gegen Gott, daß das Leben des Kaiserlichen Gastes gerettet wurde. Wie aber das Wort verlangt ist zu allen Zeiten ein höheres Opfer dargebracht worden.

So möge also jeder zur Wilhelms-Spende ein kleines beisteuern als Ausdruck des Schmerzes und des Leides, aber auch als Ausdruck der Freude und des Dankes, und jedes deutsche Gemüth möge sich daran erinnern, daß es heitrug, seinem Kaiser für den ihm von Einzelnen angehauenen Schmerz millionenfältige Freunde zu bereitzen.

Berlin, den 13. Juli 1878.

Im Namen und Auftrage des vom General-Feldmarschall Grafen von Moltke geleiteten Comités für die Wilhelms-Spende

der geschäftsführende Ausschuß

Duncker, Bürgermeister von Berlin, Vorsitzender des Ausschusses;

Bitter, Wirkl. Geheimer Rath, Präsident der Kgl. Verhandlung, Schatzmeister des Comités;

Graf Arnim-Boylenburg, Oberpräsident a. D.;

Dr. Borthold Auerbach;

Dr. Engel, Geheimer Ober-Negerungsbaudirektor des Königl. Statistischen Bureaus;

Graf Eulenburg-Prasman, Rittmeister a. D.;

Wobbe, Director des Kaiserlichen General-Postamtes.

Unter Bezugnahme auf vorstehenden Aufruf wenden wir uns an alle Einwohner der Stadt Leipzig mit der herzlichsten Bitte, daß ein jeder, welchem die Person unseres Kaisers heuer, weichem die bestehende Rechtsordnung heilig ist, seinen Beitrag zur Wilhelms-Spende leiste und dem hohen beabsichtigten Zweck erreichen helfe.

Nicht auf reiche Gaben aus einzelnen Clasen der Gesellschaft ist es bei dieser Sammlung abziehen, sondern auf die Bevölkerung aller Clasen. Daraum soll von einem Singelnen nicht mehr als Eine Mark angenommen werden, und sollen auch Pennigabben willkommen sein.

Wir werden Sammlungsbogen in jedes Haus senden, und ersuchen jeden Haushalter, der Sammlung seine fröhliche Unterstützung dadurch zu leisten, daß er den Sammlungsbogen allen Bewohnern seines Hauses vorlegen, die von leichter gezeichneten Beiträge einheben und mit dem Sammlungsbogen an die auf demselben angegebene Sammelstelle oder an den mitunterzeichneten Directeur Hasse (Georgenstraße, 2. Etage, im statistischen Bureau) in den Tagen des 23. und 24. Juli d. J. abliefern lassen wolle.

Zuherdem haben die mitunterzeichneten

B. J. Hansen, Markt Nr. 14;
August Nothe, in Firma: Carl Forbrich, Grimmaische Straße Nr. 34;
August Baum, in Firma: Gustav Rau, Grimmaische Straße Nr. 16.

F. B. Selle, in Firma: F. B. Selle, Grimmaische Straße 8;

Oskar Jessenitz, Grimmaische Steinweg Nr. 61.

Friedrich Eduard Lange-Nietzschmann, Colonienstraße Nr. 26 u. Plessendorfer Straße Nr. 2;
B. H. Lautemann, Bayerische Straße Nr. 20, Römerstraße Nr. 18 u. Südstraße Nr. 11.

H. G. Spillner, in Firma: Gehr. Spillner, Windmühlstraße Nr. 20;

A. Werthauer, Markt Nr. 13.

eine Sammelstelle für die Wilhelms-Spende errichtet, und sind dieselben bereit, Beiträge anzunehmen.

Leipzig, am 14. Juli 1878.

Das Comité für die Wilhelms-Spende.

Dr. ph. Arendt, Stadtverordn.—C. Hrn. Benzien, Kaufm. u. Stadtverordn.—August Baum

(Firma: Gustav Rau), Kaufm.—Stadtrath Alphonse Dürr, Buchhändler.—Bornh. Joseph Hansen, Buchhändler.—Premierlieutenant a. D. Hasse, Dir. des Statist. Bureau.—Stadtrath Hossler.—Aug. Emil Jessenitz (Firma: Oskar Jessenitz), Kaufm.—Kaufmann Kleinischmidt, Stadtverordn.—F. E. Laue, Fleischherreßmeister u. Stadtverordn.—B. H. Lautemann, Kaufm. u. Stadtverordn.—Hr. Jul. Rob. Ludwig, Tapizer und Stadtverordn.—Stadtrath Ludwig-Wolf, Stadtrath Kochler.—Stadtschreiber Kressenhardt.—Aug. Methe, Kaufm.—F. B. Selle, Kaufm.—H. G. Spillner, Kaufm.—Alex. Werthauer, Banquier.

Vor der entscheidenden Stunde.

Ein Wort an die deutschen Wähler.

III.

Das Wichtigste, was den Reichstag in seiner nächsten Session beschäftigen wird, betrifft die Finanzen und die Steuern. Um diese dreht sich der Hauptstreit.

Es ist daher für jeden Wähler von sehr dringendem Interesse, ganz klar zu sehen: was wollen die Regierungen, was wollen die Conservativen und was wollen die Liberalen?

Die Berliner Säkularische "Provinzial-Correspondenz" sagt: Die Regierung sei eine "wirtschaftliche Reform". Von ihr erwartet sie eine "allezeitige Erreichung der finanziellen Verhältnisse des Reiches". Für die Regierung sei eigentlicher Grund und Zweck der Reform "nicht die Verbesserung der Steuerlast des Volkes", sondern

1) Selbstständigkeit der Finanzen des Reiches, Vermehrung der Einnahmen derselben durch Erhöhung der vorzugsweise geeigneten indirekten Steuern,

2) Verminderung der directen Steuern in den einzelnen Staaten und in den Kreis- und Kommunalverbänden.

Über diese Verminderung der directen Steuern und über neue wirtschaftliche Ausgaben weiß die "Provinzial-Correspondenz" sehr schön zu reden. Freilich begibt sich alles Das, was sie sagt, zunächst nur auf Preußen und auf Verhältnisse, die im verhüllten Landesteile entschieden werden. Sie hat dabei also vorzugsweise die preußischen Wähler im Auge.

Da sollen nach der "Provinzial-Correspondenz" in Preußen die unteren Stufen der Classensteuer ganz von der Steuer befreit oder erleichtert werden; da soll ein namhafter Theil (womöglich die Hälfte) der Grund- und Gebäudesteuer an die kommunalen Verbände überwiesen werden, da sollen die Handwerker und die kleineren Handeltreibenden in der Gewerbesteuer erleichtert werden.

Da sollen ferner neue wirtschaftliche Anlagen gemacht und große Summen für das Unterrichtswesen verwendet werden. Welche vortreffliche Aussichten für Preußen!

Glauben denn die Wähler, die liberalen preußi-

chen Landtagsabgeordneten werden alle diese schönen Dinge nicht gern annehmen und wenn es geht, noch viel mehr? Haben doch die Liberalen das Recht davon seit Jahren gefordert.

Ja, sie könnten noch manche andere Dinge, die wünschenswert sind für Preußen, bei den Reichstagswahlen einzufügen. Wenn man einmal z. B. von der Reform der Clasensteuer spricht, dann möge man auch an die sehr hoch belasteten Mittelstufen denken! Auch die kleineren Landwirte, die Handwerker, die Beamten und ebenso die besser gestellten Arbeiter sind besonders hoch belastet, natürlich wegen der hohen Zuschläge für die Communen. Dies ist oft genug von liberalen Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus nachgewiesen.

Gegen diese Versprechungen der "Provinzial-Correspondenz" also wird kein Mensch im Lande seine Stimme erheben. Hätten wir sie nur erst in Gefäßesparaphren lebhaftig vor uns! Wir könnten die Welt kaum erwarten.

Aber um Alles Dies in Preußen zu machen, wird das Reich viel, sehr viel Geld durch neue Steuern schaffen müssen.

Rechnen wir es einmal ein wenig nach. Zur Reform der Clasensteuer, wie sie die "Provinzial-Correspondenz" beschreibt, sind 15 bis 23 Millionen Mark nötig, zur Überweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände 25 Millionen Mark, zur Reform der Gewerbesteuer wenigstens 5 Millionen, zur Verbesserung des Unterrichtswesens nach den bis jetzt bekannt gewordenen Absichten etwa 20 Millionen.

Rechnen wir auch nur 15 Millionen für neue productive Anlagen hinzu, so kommen wir auf einen Bedarf von 90 bis 100 Millionen Mark jährlich für Preußen.

Davon würden etwa 55 Millionen Mark zur Erleichterung der Steuerzahler an directen Steuern, der Rest von 35 Millionen aber zur Vermehrung der Ausgaben verwandt werden.

Sollen aber in Preußen diese Reformen durchgeführt werden, so muß es vom Reich dazu den erforderlichen Betrag in indirekten Steuern jährlich erhalten. Um Dies zu können, muß das Reich jährlich 150 bis 200 Millionen

Mark an indirekten Steuern mehr, als bis jetzt erheben.

Damit wird es aber noch nicht gehan fein. Denn man wird auch für den Militär- und Marine-Etat mehr als bisher haben wollen. Die "Provinzial-Correspondenz" spricht davon zwar speziell nicht; aber sie hebt doch hervor, daß die Steuerreform nicht bloss das Geld für Erleichterungen in den Einzelstaaten, sondern auch für die höheren Ausgaben schaffen soll. Man sei doch offen und nenne das Ding wie es ist: es handelt sich in der That auch um Aufbringung von mehr Steuern und Lasten als bisher.

Also etwa ein Saar Hundert Millionen Mark an neuen oder höheren indirekten Steuern*) im Reich aufgebracht werden; das ist die Frage, die den Reichstag und vorher auch die Wähler ernstlich beschäftigen soll.

Wie aber viele vielen Millionen ausgebracht werden sollen, darüber sagt die Berliner "Provinzial-Correspondenz" nur sehr wenig und gerade das ist es, was die Wähler am meisten interessiert; denn sie sind es, die man mag es machen, wie man will, doch immer bezahlen müssen.

Die "Provinzial-Correspondenz" sagt, in erster Linie müsse der Tabak höher besteuert werden. Von ihm wird man "mit Leichtigkeit den größten Theil der wünschenswerten Mehrerlösen einbringen". Aber wie will man vom Tabak diese Mehrerlösen erhalten und wie viel werden sie betragen?

Der Fürst Bismarck sagte im Reichstag, "sein Ideal sei das Tabakmonopol".

Die liberalen Abgeordneten im Reichstag waren gegen das Tabakmonopol.

Kein Land der Welt hat eine so blühende Tabakindustrie wie Deutschland. Sie beschäftigt, abgesehen von den Rebengewerben, die damit im Zusammenhang stehen, 110 bis 120,000 Arbeiter — also etwa die Hälfte der Arbeiter, die von der Großeisenindustrie leben, welche für sich jetzt so

*) Gegenwärtig erhebt das Reich aus allen indirekten Steuern (Zölle, Verbrauchssteuern u. a.) und der Wechselseitigkeit im Ganzen etwa 800 Millionen Mark; also ebensoviel beladen würde nötig sein.

*) In Österreich waren 1872 beim Tabakmonopol 26,000, in Frankreich 16,000 Arbeiter beschäftigt.

Bekanntmachung.

Da in Folge der engen Fahrbahn des Schrebergärtchens wiederholt Verkehrsstörungen vorgekommen sind, so verordnen wir hiermit:

- 1) Das Fahren durch das Schrebergärtchen mit schwerem Fuhrwerk ist verboten, soweit nicht die Fuhrten für die an diesem Gelände liegenden Grundstücke bestimmt sind.
- 2) Alle darüber bestimmten schweren und leichten Fuhrwerke haben von der Wiesenstraße aus einzufahren und nach der Schreberstraße auszufahren.
- 3) Mit leichtem Fuhrwerk ist das Durchfahren gestattet, aber nur in der Richtung von der Wiesenstraße nach der Schreberstraße.
- 4) Zu widerhandelnde haben Geldstrafe bis zu 80 M. oder entsprechende Haft zu gewähren.

Leipzig, am 16. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Wangemann.

Bekanntmachung.

In der Bielitzstraße soll von der Plauener Straße ab dem Pleißewildschluß entlang eine Steinzeugrohrtreppenleiter hergestellt und an einen Unternehmer in Accord verdiutzen werden.

Die Bedingungen und Rechnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathaus 2. Etage Zimmer Nr. 1, aus und können dasselbst eingesehen, resp. entnommen werden.

Beugliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: "Rohrschleuse in der Bielitzstraße"

versiehen ebendaselbst und zwar bis zum 22. Juli d. J. Nachmittags 5 Uhr

eingreichen.

Leipzig, am 13. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin. Wangemann.

Bekanntmachung.

Wegen notwendiger Uer- und Brückenbau an der Harforstraße und am Viergenstein's Gartens wird der Pleissenmühlgraben dicht unterhalb des Kirchwehrs abh. von Pleisse August d. J. ab auf ca. 6 Wochen abgesperrt werden.

Indem wir dies zur öffentlichen Kenntnis bringen, fordern wir die Adjacenten hierdurch auf, daß sie innerhalb der obigen Zeit, so weit ihre Grundstücke reichen, das Flußbett bis zu dessen Mündung räumen und die etwa nötigen, ihnen obliegenden Bauten und Reparaturen an Ufern, Brücken und dergl. ausführen lassen, währendfalls die Bäumung und bez. die Bauten und Reparaturen auf ihre Kosten von Übrigstellwegen ausgeführt werden würden.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin. Wangemann.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebene Erbauung von Überwällen an der Harforstraße und am Eingange zum Viergenstein's Gartens, sowie die Herstellung eines Geländers auf der letzteren ist vergeben und werden die überläufigt gebliebenen Herren Submittern hiermit überlassen.

Leipzig, den 17. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Wangemann.

Bepachtung.

Von dem der Stadtgemeinde gehörigen, an der Berliner Straße gelegenen zeitigeren Qualität Wohlstaubplatz sollen 3 Parzellen und zwar

- 1) eine von ca. 4405 M. Flächengehalt — 239 M. Flächengehalt, vorn an der Straße, mit dem daran liegenden kleinen Haus (ehemaliges Cholera-Wachhaus, jetzt Fabriklokal).
- 2) eine von ca. 459 M. Flächengehalt, weiter hinter gelegen, auf welcher ein dem zeitigeren Wohlstatter gehöriges und von demselben bis nach Vereinbarung zu übernehmendes, angedeutet aber zum Abbruch kommendes einfaches Haus steht.
- 3) der hinterste Platzteil von ca. 1 Hektar 11, M. — 2 Acre 4 M. Flächengehalt,

zur anderweitigen Bepachtung als Vager-, Werkplätze oder dergl. vom 1. August d. J. an gegen vierwöchentliche Rundigung.